

Auch in diesem Jahr wieder Dezember – Solidaritätsmonat für die politisch Verfolgten

Auch in diesem Jahr wird die RHD den Monat Dezember wieder nutzen, um verstärkt Spenden zur Unterstützung der politisch Verfolgten zu sammeln. Die Vorbereitungen dazu sollten jetzt schon in allen Ortsgruppen beginnen.

Diese Kampagne ist für die RHD und ihre Fähigkeit, allen politisch Verfolgten zu helfen, von entscheidender Bedeutung. Erstmals seit Jahren ist der Zentralvorstand nicht mehr dazu in der Lage, Unterstützungsausgaben aus den vorhandenen Rücklagen zu bezahlen, denn diese sind jetzt vollständig aufgezehrt. Alle Unterstützungsanträge, die jetzt gestellt werden, müssen jeweils aus den laufenden Beitrags- und Spendeneinnahmen gedeckt werden, was natürlich bei großen Summen nicht immer möglich ist.

Der Finanzbericht 1979 zeigt, für welche Zwecke die RHD die Beitrags- und Spendengelder benötigte und verwandte. (Es wurden ausgegeben – in 1000 – für: Politische Entlassungen/Berufsverbote 19,6DM, für Presseprozesse 32,4DM, für Prozesse gegen Antifaschisten 15,6DM, für Routhier-Folgeprozesse

10,7DM, für Demonstrationsprozesse 43,4DM und für Haft-hilfe 1,9DM). Diese Aufstellung wird auch für dieses Jahr etwa ihre Gültigkeit bewahren.

Aber hauptsächlich brauchen wir zur Zeit Spenden für verfolgte Strauß-Gegner und zur Unterstützung von Andreas Müller-Wille. Ihm konnten bislang rund 3 500DM übergeben werden; für verfolgte Strauß-Gegner wurden in der Zeit ab seiner Nominierung zum Kanzlerkandidaten Anträge auf Unterstützung in Höhe von 15 000DM gestellt. Und alle, die den Wahlkampf genauer verfolgt haben, wissen, daß gegen eine große Anzahl von Strauß-Gegnern Ermittlungsverfahren, Strafanträge und Anklagen laufen. Der Zentralvorstand ruft daher alle Ortsgruppen, alle Mitglieder und Freunde der RHD auf, sich an der Spendenkampagne für politisch Verfolgte im Monat De-

Fortsetzung auf Seite 4

Skandalurteil gegen Antifaschistin

Wir berichteten in der letzten RHZ über den bevorstehenden Prozeß gegen Roswitha Wolf, Mitglied des Präsidiums der VVN. Sie war angeklagt, weil sie die Wattenscheider NPD-Zentrale als „braunes Haus“ und „Nazihochburg“ bezeichnet hatte.

Inzwischen hat das Schöffengericht Bochum sein Urteil gesprochen: schuldig. Roswitha Wolf wird verurteilt wegen Beleidigung und übler Nachrede gegen die NPD. Das Gericht entschied, daß es keine Gefahr des Neonazismus gäbe, daß es keine Beweise dafür gäbe, daß sich die Zeugen (NPDler) als Nazis betätigt hätten. Daher seien diese Vokabeln eine Beleidigung der NPD bzw. der betreffenden NPDler. Ebenfalls

sei es eine Verleumdung, daß sich die Bevölkerung durch die Neonazis bedroht fühle.

Dazu Roswitha Wolf: „Meine Verteidigung ist dadurch erschwert, daß Bürger hier aus dem Ruhrgebiet, die mir Informationen haben zukommen lassen, nicht bereit sind, als Zeugen aufzutreten. Sie haben Angst. Sie glauben nicht, daß sie, wenn sie aussagen, wirksam geschützt werden.“ So Soweit sind wir schon wieder.



„Es wird noch Tote geben“

Das verkündete Dregger nach dem ersten Strauß-Auftritt im Ruhrgebiet. Unser Bild zeigt das Mahnmal für Olaf Ritzmann am Hamburger S-Bahnhof Sternschanze. Der 16jährige wurde von einem S-Bahn-Zug erfaßt, als er in angstvoller Flucht vor einem Polizeieinsatz nach einer Anti-Strauß-Demonstration auf die Gleise gesprungen war.

Terroristen, die man nicht sehen will

Am Freitag abend, 26.9.80, kurz nach zehn Uhr, explodierte eine Bombe auf dem Münchner Oktoberfest. Zwölf Menschen finden den Tod, z.T. bis zur Unkenntlichkeit zerrissen. Drei Kinder sind darunter. 144 weitere Menschen werden teils schwer verletzt. Ein Terroranschlag gegen unschuldige Menschen. Ein Verbrechen, das Entsetzen und Abscheu hervorruft

Irgendwie bleibt es gespenstisch ruhig nach diesem Terroranschlag. Keine bundesweite Großfahndung. Keine stundenlangen Fernsehberichte und -kommentare.

Warum? Weil diesmal „nur“ einfache Menschen die Opfer waren, kein Politiker, kein Industrieller, dem der Anschlag galt? Ebenso, wie es in Hamburg, Lörrach usw. „nur“ Ausländer waren, die ermordet oder verletzt wurden?

Oder ist der Grund in dem Täterkreis zu suchen, der hinter diesen Terroranschlägen steckt? Von der Münchner Wiesn führt die Spur zur Wehrsportgruppe Hoffmann, einer militanten bewaffneten Nazibande. Hoffmann selbst wird festgenommen, fünf seiner Komplizen ebenso. Doch am nächsten Tag sind sie wieder auf freiem Fuß. Will man sie schonen, weil sie vielleicht noch ganz nützlich sein können? Tandler, seines Zeichens Innenminister von Bayern, wollte diese Faschistenbande nicht verbieten.

Diese Saat der Duldung und Begünstigung faschistischer Organisationen ist jetzt grausam aufgegangen. Unschuldige Menschen, Kinder, mußten sterben, weil Polizei, Justiz, Regierung in NPD, Wehrsportgruppen und ähnlichen Faschistenbanden angeblich keine Gefahr sehen können.

Für uns Antifaschisten ist dieser Terrorakt eine dringende Mahnung: Schließen wir uns zusammen, ohne Rücksicht auf politische oder weltanschauliche Differenzen, – ehe es wieder einmal zu spät ist.

Aktuelle Aufgaben

Die Verfolgung von Strauß-Gegnern — eine Interview mit dem Geschäftsführer der VOLKSFRONT, Ulrich Leicht

Die Unterstützung verfolgter Strauß-Gegner hat die RHD schon lange als eine wichtige Aufgabe bei der Organisation der Solidarität für politisch Verfolgte erkannt. Wie wichtig diese Aufgabe ist, zeigte sich in den letzten Wochen erneut, als die Verfolgung von Strauß-Gegnern im Rahmen des Wahlkampfes einen neuen Höhepunkt erreichte. Aus diesem Anlaß führte die Rote Hilfe ein Interview mit dem Geschäftsführer der Volksfront, Ulrich Leicht.

Rote Hilfe: Zehntausende von Stelltafeln mit dem Wahlplakat der Volksfront, das Strauß als einen Stier darstellt, sind von der Polizei in Bayern, in Niedersachsen und in vielen anderen Städten ohne irgendeine Ankündigung abgeräumt worden und schließlich wurde das Plakat durch einen Amtsgerichtsbeschuß aus Dortmund für die gesamte BRD verboten. Welche gesetzliche Handhabe bestand dafür?

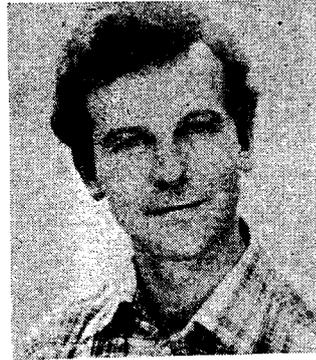
U. Leicht: Wie inzwischen wohlbekannt, ist der Beschluß des Dortmunder Amtsgerichtes drei Wochen später durch das Dortmunder Landgericht wieder aufgehoben worden, weil Strauß keinen Strafantrag erhoben hatte. Einen Tag später lag dieser Antrag allerdings vor, nachdem unsere Mitglieder angefangen hatten, das Stier-Plakat wieder zu kleben. **Bis zum Eintreffen des Straußschen Strafantrages war die gesamte Aktion, das Abräumen Zehntausender von Stelltafeln ungesetzlich!** Der Landgerichtsbeschuß stellt ausdrücklich fest, daß eine Beschlagnahme der Stelltafeln nicht erforderlich war, da zu Beweis Zwecken die dem Gericht vorliegenden Farbfotos ausreichen. Der Landgerichtsbeschuß ist damit eine Ohrfeige für alle Staatsanwälte und voreiligen Polizisten, die Macht demonstriert hatten, aber nicht Gesetz.

Aber was erreicht werden sollte, war erst einmal erreicht: Unsere Plakate waren weg von

der Straße. Die Menschen, die wir damit erreichen wollten, konnten sie nicht sehen. Das gilt übrigens nicht nur für das Stierplakat, sondern für andere Plakate der Volksfront, die ebenfalls beschlagnahmt wurden. Wir sind übrigens der Meinung, daß keines der Plakate einen Straftatbestand erfüllt.

Rote Hilfe: Nun gibt es ja gesetzliche Bestimmungen, die auch das Vorgehen der Polizei bei solchen Beschlagnahmeaktionen regeln. Beim Stierplakat wurden diese Bestimmungen ja offensichtlich nicht eingehalten...

U. Leicht: ... was hiermit angesprochen ist, gehört mit zum Erschreckendsten an der gesamten Beschlagnahmeaktion. Nehmen wir das Beispiel Achern. Hier wurden gleich alle Plakate verboten. Der Beschlagnahmebeschuß bezog sich aber ausschließlich auf das Stadtgebiet von Achern. Er „sickerte“ aber in weite Teile Badens „durch“. Und zwar lief das offensichtlich so: Der Beschluß ging über Fernschreiber an Staatsanwaltschaften und Polizeidienststellen im ganzen Land. Und nun gab es eine ganze Reihe sehr eifriger Polizisten, die den Beschluß auch — ohne irgendeine Rechtsgrundlage — gleich in anderen Städten, wo die Plakate auftauchten, anwandten. Das lief in Südbaden so, das lief aber auch in anderen Bereichen der BRD in der gleichen Weise. Als beispielsweise das „Nie wieder Faschismus“-Plakat in Schleswig-Holstein verboten wurde, da fühlte sich mancher Staatsanwalt durch das entsprechende Fernschreiben veranlaßt, ebenfalls einen Gerichtsbeschuß gegen das Plakat in seiner Stadt zu erwirken. Oder Polizeibeamte riefen beim Orts- oder Kreisvorstand der Volksfront an und empfahlen, doch die Schilder zu überkleben, ein Gerichtsbeschuß würde spätestens am nächsten Morgen vorliegen. Und dann würde die Polizei abräumen. Mit den juristischen Feinheiten nicht vertraut, organisierte dann mancher Kreisvorstand eine Überklebe-



Ulrich Leicht

aktion — ein gerichtlicher Beschluß aber erfolgte nie. Ohne Gerichtsbeschuß, der juristisch eventuell gar nicht haltbar ist, gelang es so, unser Wahlwerbung empfindlich zu beeinträchtigen.

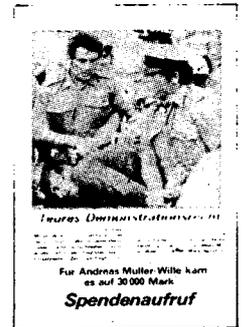
Rote Hilfe: Welche Kosten kommen wohl durch diese Verfolgungsmaßnahmen auf die Mitglieder und Freunde der Volksfront zu, die durch die Beschlagnahme von Stellschildern und die damit verbundenen Kosten nicht berücksichtigt?

U. Leicht: Wir sehen einer ganzen Flut von Prozessen entgegen. Allein wegen des Stierplakates gibt es ja nicht nur in Dortmund, sondern in sechs weiteren Städten gerichtliche Beschlüsse und damit demnächst ebensoviele Prozesse nur gegen mich. Ermittlungsverfahren laufen außerdem gegen zahllose Aufsteller von Stelltafeln, ebenso gegen Mitglieder und Freunde der Volksfront, die überhaupt nichts mit dem Aufstellen zu tun hatten, etwa gegen Direktkandidaten, Vorstandsmitglieder oder gegen diejenigen, die das Aufstellen der Stellschilder beantragten. Ca. 15 Anwälte, über die ganze BRD verteilt, mußten wir bislang einschalten, um gegen die Beschlagnahmungen, Hausdurchsuchungen und auch gegen falsche Pressedarstellungen vorzugehen. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders betonen, wie sehr wir die Tätigkeit der Roten Hilfe Deutschlands begrüßen, vor allem ihre Aufrufe und Aktivitäten zur Unterstützung verfolgter Strauß-Gegner, die sich ja jetzt als besonders wichtig herausgestellt haben. Für mich selbst wie sicherlich auch für unsere Mitglieder und Freunde, auf die jetzt Prozesse zukommen, ist es eine große Ermutigung, eine Solidaritätsorganisation wie die RHD hinter uns zu wissen.

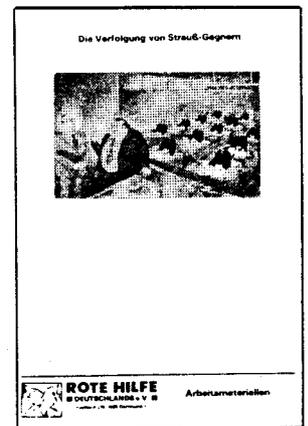
Hilfsmittel für die Arbeit



Warum die RHD nötig ist, welches ihre Aufgaben sind und wie man mitmachen und sie unterstützen kann. Kostenlos.



Die Darstellung des Falles Andreas Müller-Wille mit allen notwendigen Informationen. Kostenlos.



Auf den neusten Stand gebrachte Darstellung aller Fälle, mit denen versucht wird, den Widerstand gegen Strauß zu unterdrücken. Wird gegen 2,- DM Kostenbeitrag (in Briefmarken) abgegeben.



Wie packen wir die Arbeit an? Die Zusammenfassung der Erfahrungen aus fünfjähriger Arbeit der RHD. Für Ortsvorstände und Kassierer unentbehrlich. Kostenlos.

Aus der Arbeit der Roten Hilfe

Duisburg: Unterstützung der Opfer der Grauen Wölfe

Die Aussage zweier „Grauen Wölfe“ reichte für Duisburger Polizeibeamte aus, um ein Mitglied der Duisburger „Demokratischen Arbeiter — und Studentenvereine“ für zwei Monate in Untersuchungshaft zu bringen. Sie hatten behauptet, Ilker Koç hätte ihnen mit einem Stein die Scheibe ihres Autos eingeworfen. Schon der erste Verhandlungstag am 16.9 brachte soviel Ungereimtes zu Tage, daß Ilker Koç, der noch zuvor in Handschellen in den Gerichtssaal gebracht worden war, sofort aus der Untersuchungshaft entlassen wurde. Der Prozeß wurde am 29.9., also nach Redaktionsschluß, fortgeführt.

Die Duisburger Ortsgruppe berichtet, auf welche Weise der Arbeiter- und Studentenverein sich bemühte, die Freilassung seines Mitglieds zu erreichen. Bei dieser Arbeit wurde der Verein tatkräftig von Mitgliedern der Roten Hilfe unterstützt. Alle Duisburger Zeitungen sowie alle Einzelgewerkschaften wurden aufgesucht und über den Fall informiert. Man verbreitete eine Protestresolution und führte eine Pressekonferenz durch, zu der ca. 80 Personen kamen. Auch eine Demonstration wurde vorbereitet, doch die Polizei verbot sie. Damit Ilker Koç seinen Arbeitsplatz nicht verliert, wurde auch der Betrieb aufgesucht, in dem er gearbeitet hat-

te. Zur Organisation der Solidarität für den Prozeß bildete sich eine Nachbarschaftsinitiative, die sich in einem persönlichen Brief an die Duisburger Bevölkerung wandte. Der Schriftsteller Jürgen Roth, der einen Film über die „Grauen Wölfe“ plant, wandte sich an die Initiative. Ein Nachbar und Arbeitskollege von Ilker Koç sprach auf einer Betriebsversammlung über dessen Fall. Auch der „Anachronistische Zug“, der am 4. Oktober durch Duisburg kommt, wird seinen Fall aufgreifen. Selbstverständlich hat die RHD dem Angeklagten auch finanzielle Unterstützung zugesagt.

Hamburg:

Vielfältige Aktivitäten

Anfang September erhielten wir einen längeren Bericht über die Aktivitäten der Hamburger Ortsgruppe, den wir hier auszugsweise abdrucken wollen:

Zur Unterstützung von Ina Reese, die wegen Beleidigung von Strauß zu 800 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, haben wir eine Spendendose an ihrem Arbeitsplatz aufstellen können. Wir haben weiter während der großen Anti-Strauß-Demonstration eine Spendensammlung durchgeführt. Ausgerüstet mit Flugblättern, Umhängeschildern und Spendendosen kamen wir auf 110,36 Mark. Außerdem konnten wir auf der Antikriegstagsveranstaltung der KPD selbstgebak-

kenen Kuchen verkaufen, für den wir nochmal 143,30 Mark — auch für Ina Reese bestimmt — zusammenbekamen. Zur Unterstützung von Andreas Müller-Wille verkauften wir auf einem großen Hamburger Flohmarkt von Mitgliedern gespendeten Trödel, Bücher, Kleidung etc. und kamen auf das stolze Ergebnis von 400 Mark. Zur Information der Käufer erstellten wir ein Flugblatt, aus dem ersichtlich wurde, für wen das Geld verwendet wird. Nach dem Tod von Olaf Ritzmann bildete sich in Hamburg ein Ermittlungsausschuß, um die genauen Todesumstände zu klären. (Dieser Ausschuß hat inzwischen Strafanzeige wegen des Verdachts auf fahrlässige Tötung gegen die Polizei gestellt). Da wir aus zeitlichen Gründen uns an dieser Arbeit nicht beteiligen können, schickten wir dem Ausschuß eine Solidaritätserklärung und überwiesen zur Unterstützung seiner Arbeit 100 Mark.

Bielefeld: Unterstützung für Andreas Müller-Wille

Ihr alljährliches und schon traditionelles Kotten-Fest, zudem weit über 100 Mitglieder und Freunde der RHD gewöhnlich zusammenkommen, richtete die Bielefelder Ortsgruppe dieses Mal auf die Unterstützung von Andreas Müller-Wille aus. Und es ist ihr gelungen, anlässlich dieses Festes 338 Mark zu seiner Unterstützung zusammenzubekommen. Und was lief alles auf dem Fest — neben der Wanderung durch den Teutoburger Wald zu dem Kotten? Wir entnehmen der Einladung: Kaffee und Kuchen, Puppentanz, Volkstanz, Bericht von Andreas, Film über Andreas, Spiele für Groß und Klein.

seines Anwaltes werden jetzt darum gehen, ihm eine legale Möglichkeit zu Besuchen bei seinem Sohn zu verschaffen. Leider gab es trotz entsprechender Zusage für seine deutschen Freunde keine Gelegenheit, sich persönlich von Papi Pittam auf dem Flughafen zu verabschieden. Es gelang aber noch, ihm Blumen und einen kurzen Gruß ins Flugzeug reichen zu lassen. In einem Brief hat er sich dafür bereits herzlich bedankt.

Hoesch-Betriebsräte wieder eingestellt!

Die beiden Betriebsräte der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition bei Hoesch in Dortmund, Norbert Bömer und Hartmut Siemon, sind nun endgültig wieder im Betrieb. Das Landesarbeitsgericht in Hamm war der Ansicht, daß Hoesch seine Vorwürfe — es ging vor allem um den Bruch der Schweigepflicht als Betriebsrat — nicht beweisen konnte.

Kurz berichtet

Warnung vor den Nazis — 800 DM Strafe

Die Staatsanwaltschaft Bamberg hat gegen den dortigen DGB-Kreisvorsitzenden Hans Josef Haarkötter ein Zwangsgeld von 800 Mark verhängt. Haarkötter hatte aufgrund ihm vorliegender Informationen vor einer im Bamberger Raum wirkenden „Hitler-Jugend Bamberg-Gaustadt“ gewarnt und die Behörden zum Einschreiten aufgefordert. Er weigerte sich jedoch, den Namen des Informanten zu nennen, dem er Verschwiegenheit zugesichert hatte — daher das Zwangsgeld. Haarkötter wird nun von den Neonazis telefonisch mit dem Tod bedroht — während die Polizei mitteilt, derartige neonazistische Umtriebe gäbe es nicht...

Weser-Ems: Herbstfest

Zu ihrem traditionellen Boßeln lädt die Ortsgruppe Weser-Ems ihre Mitglieder ein. Los geht's am 15. November, nachmittags.

Wegen Justiz-Kritik Verfahren gegen 63 Anwälte

63 Anwälte Berlins kritisierten öffentlich, daß im Prozeß gegen Fritz Teufel eine Freiheitsstrafe von zehn Jahren mit der Begründung beantragt wurde, Teufel habe nicht für jeden Tatvorwurf ein Alibi. Schließlich müsse ja noch der fundamentale Rechtsgrundsatz gelten, daß man als Angeklagter nicht seine Unschuld zu beweisen hat, sondern daß die Anklage die Straftat nachweist. Die Antwort der kritisierten Justiz: Gegen alle Anwälte wurde ein standesrechtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet, das bis zum Verbot der Ausübung des Berufs gehen kann. Am gleichen Tag, als die Nachricht vom eingeleiteten Ermittlungsverfahren bekannt wurde, bezeichnete Karl Carstens auf dem Internationalen Juristentag in Berlin die Freiheit der Anwaltschaft als Gradmesser dafür, wie es im Staat um die Freiheit der Bürger bestellt sei. Da hat er mal recht gehabt.

Wie es weiterging...

RHD überweist A. Müller-Wille 3 545,02 DM

Der Zentralvorstand zog in diesen Tagen eine erste Zwischenbilanz für das Solidaritätskonto Andreas Müller-Wille. Zusammen mit 400 Mark von der Ortsgruppe Hamburg und 43 Mark aus Kassel, die seit der letzten Veröffentlichung ankamen, sind inzwischen 3 545,02 Mark auf diesem Konto eingegangen und wurden nun als ein erster Unterstützungsbeitrag der RHD an Andreas Müller-Wille überreicht. Sicher fehlen an der benötigten Summe noch eine ganze Menge, aber aufgrund unser bisherigen Erfahrungen sind wir sicher, daß die RHD auch in diesem Fall wirksame Solidarität leisten kann. Allen Spendern sei hiermit auch im Namen von Andreas Müller-

Wille herzlich gedankt. Alle unsere Mitglieder und Ortsvorstände möchten wir aufrufen, durch Beteiligung an Flohmärkten, durch Stände und andere geeignete Mittel dafür zu sorgen, daß der Rest der benötigten Summe auch noch zusammenkommt.

Paul Pittam wieder zu Hause!

Nach zwei Monaten Haft wurde Paul Pittam am 17. Oktober aus dem Gefängnis in Recklinghausen entlassen und nach England abgeschoben. Die vorzeitige Entlassung ist durch die Bemühungen der RHD und vieler seiner Freunde schließlich erreicht worden. Die Gefängnisstrafe für den Antifaschisten ist damit jetzt erledigt. Weitere Bemühungen seiner Freunde und

Über die Verwendung von Beitrags- und Spendengeldern

Kempten

Hans Jürgen W. war presserechtlich verantwortlich für ein Flugblatt, in dem der Strauß zugeschriebene Satz zitiert war: „Wer mich daran hindern würde, an die Macht zu kommen, den würde ich umbringen“. Dieser Satz war vom „Spiegel“ als Strauß-Zitat angegeben worden. Strauß be-

streitet aber, das gesagt zu haben.

Wegen der Übernahme dieses Zitates aus dem „Spiegel“ wurde Hans Jürgen W. wegen übler Nachrede zu 1800 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hätte sich, so das Gericht, notfalls durch Nachfrage bei den Personen, die das Zitat angeblich gehört haben wollten, vergewissern müssen, ob es tatsächlich

gefallen ist! Die RHD übernahm für Hans Jürgen W., der arbeitslos auf einen Studienplatz wartet, die Rechtsanwaltskosten in Höhe von 750 Mark.

Hannover

Ebenfalls aufgrund eines Strafantrages von F.J. Strauß wegen Beleidigung mußte Karin P. aus Hannover, presserechtlich Verantwortliche für ein Flugblatt der VOLKSFRONT, 150 Mark an Rechtsanwaltskosten bezahlen, die von der RHD übernommen wurde. In dem Flugblatt wurde Strauß als „Alt-Nazi“ bezeichnet.

Dezember – Solidaritätsmonat für die politisch Verfolgten

Fortsetzung von Seite 1
zember zu beteiligen.

Und hier einige Hinweise, wie man die Kampagne anpacken kann:

Der erste Schritt, der am meisten verspricht, ist das Aufstellen eines Veranstaltungskalenders. Da werden die Veranstaltungen aufgeschrieben, die am Ort stattfinden und wo ein aufgeschlossenes Publikum zu erwarten ist. (Da die Leute meistens nicht so viel zur Roten Hilfe kommen, muß die Rote Hilfe zu den Leuten gehen.)

Das Zweite ist die Überlegung, wie man bei den verschiedenen Anlässen auftreten kann. Wer ist der Veranstalter, kann man ihn eventuell dazu bringen, daß man dort offiziell zu Spenden aufruft – vielleicht für einen konkreten Fall? Kann die RHD Essen- oder Getränkeversorgung übernehmen? Oder Spiele (Wurfbuden o.ä.) organisieren? Oder einen Verkaufstand aufrichten?

Drittens: Informationsmittel herstellen. Wandtafeln, Stellschilder usw., eventuell auch Handzettel können einmal für alle entsprechenden Gelegenheiten hergestellt werden. Und

da mit Musik vieles besser geht: Ein Tonband mit ein paar passenden Liedern o.ä. ist schnell zusammengestellt.

Viertens: Da, wo die RHD entsprechende Verbindungen hat, kann man vielleicht ein Solidaritätsfest gemeinsam mit anderen Gruppen veranstalten. Zum Beispiel dann, wenn in der Stadt Leute aus verschiedenen Organisationen oder Initiativen gerade Prozesse o.ä. haben. Der Erlös wird dann eben aufgeteilt.

Fünftens wollen wir die Weihnachtsmärkte nicht vergessen. Die meisten Ortsgrup-

Aktuelle Aufgaben

Mit Schikanen gegen den Anachronistischen Zug

Angesichts der immer neuen Schikanen der örtlichen Behörden gegen den „Anachronistischen Zug“ wandte sich der Zentralvorstand der RHD an die Veranstalter mit folgendem Schreiben:

„Liebe Freunde, mit Empörung müssen wir erfahren, daß durch immer neue Schikanen Eure Darstel-

pen haben ja damit in den letzten Jahren schon Erfahrungen gemacht. Wo er gut lief, der Verkauf der selbstgebastelten Weihnachtsgeschenke, da soll man's natürlich auch wieder machen. Außer Basteleien ist auch der Verkauf von Tee, Punsch oder heißen Waffeln und dergleichen denkbar. Man muß sich dabei aber nach den ordnungsamtlichen Bestimmungen für den Verkauf von Lebensmitteln erkundigen, damit es keinen Ärger gibt. Außerdem ist zu beachten, daß man sich beim Kauf der Zutaten nicht verkalkuliert, sonst wird's ein finanzieller Reinfall.

Der Zentralvorstand wird rechtzeitig ein Faltblatt für die Spendenkampagne allen OGs zur Verfügung stellen.

lung des Brecht-Gedichtes „Freiheit und Democracy“ behindert und in seiner Aussage durch Zensurmaßnahmen ständig mehr eingeengt wird. Selbst Staatsanwaltschaften sind schon gegen Euch eingeschritten. Falls es wegen dieses Zuges zu Prozessen wegen Beleidigung, Verunglimpfung der BRD o.ä. kommen sollte, laßt es uns wissen. Wir werden uns dann nach Kräften bemühen, Euch gegen diese Angriffe zu verteidigen und zu unterstützen.“

Kontakt-adressen der Roten Hilfe

Bielefeld: Monika Wydany, Paul-Meyerkamp-Str. 6, 4800 Bielefeld 1;

Bochum: Peter Puk, Moltkestr. 11, 4630 Bochum 6;

Bremen: Edelgard Hemmer, Johann-Kühn-Str. 14, 2800 Bremen 21;

Duisburg: Martin Tuschen, Altenkamp 24, 41 Duisburg 11;

Frankfurt: Marian Riebe, Linéstr. 25, 6 Frankfurt;

Gelsenkirchen: D. Kwoell, Voehdestr. 5, 466 Gelsenkirchen-Buer;

Hamburg: Hannelore Weskamp, Gropiusring 22, 2 Hamburg 60;

Hannover: Klaus W. Hahn, Dorotheenstr. 5a, Studentenwohnheim, 3 Hannover 1;

Kassel: R. Wengler, Graben 11, 35 Kassel;

München: Manfred Neumann, Pötschnerstr. 13, 8000 München 19

Nürnberg: K.H. Hoffmann, Flaschenhofstr. 21, 85 Nürnberg;

Recklinghausen: A. Euler, Ludwig-Richter-Str. 1, 435 Recklinghausen;

Schleswig: U. Kolaczinski, 2381 Tolkshuby;

Weser-Ems: Gerd Coldewey, Seefelder Außendeich, 2883 Seefelder 3;

West-Berlin: Hans Köbrich, Grüntaler Str. 30, 1 Berlin 65;

Falls weitere Ortsgruppen hier ihre Anschrift abdrucken lassen wollen, sollen sie dies dem Zentralvorstand mitteilen.

Unsere Arbeit...

Unsere Arbeit kostet Geld. Geld, was wir in Form von Mitgliedsbeiträgen und Spenden erhalten. Und Zeit, die von Mitgliedern und Freunden der Roten Hilfe aufgebracht wird. Dazu brauchen wir Ihre Hilfe! Und so können Sie helfen: • Durch den Mitgliedsbeitrag von monatlich 2 Mark (auch halbjährlich oder jährliche zahlbar). • Darüber hinaus durch aktive Mitarbeit in einer Ortsgruppe • bei der Betreuung politisch Verfolgter • beim Beschaffen von Geldmitteln für die Unterstützungsarbeit der RHD • durch eine Spende auf das Konto der RHD, 191100-462 PSchA Dortmund

- Ich will Informationsmaterial
 Ich will Mitglied werden

Name:
Straße:
PLZ/Ort:

Ausschneiden und an die nebenstehende Adresse schicken.

Die ROTE HILFE

Herausgegeben vom Zentralen Vorstand der Roten Hilfe Deutschlands e.V. Verantwortliche Redakteurin: E. Hemmer. Eigendruck im Selbstverlag. Für Mitglieder kostenlos, sonst gegen Erstattung der Portokosten.

ROTE HILFE ■ DEUTSCHLANDS e.V. ■

Zentralvorstand: Rote Hilfe Deutschlands e.V., Postfach 215, 4600 Dortmund 1. Telefon: 0234 / 8644 27 (J. Janz). Konto: 191100-462 PSchA Dortmund.